

Factsheet:

Die Abstimmung Waffenrecht/Schengen aus touristischer Sicht

1. Ausgangslage beim Referendum Waffenrecht

Angesichts der zunehmenden Terrorbedrohung in Europa hat die EU 2015 als Teil eines Massnahmenpakets beschlossen, die Waffengesetzgebung im Schengen-Raum zu verschärfen. Das Ziel: Der Zugang zu Waffen soll erschwert und eine bessere Rückverfolgbarkeit von Teilen halbautomatischer Waffen gewährleistet werden. Auch der Informationsaustausch zwischen den Schengen-Staaten soll optimiert werden. Als Schengen-Mitglied hat sich die Schweiz aktiv an den Diskussionen und Verhandlungen zur Richtlinie in Brüssel beteiligt. Im Dezember 2016 wurde die Revision der bestehenden Waffenrichtlinie schliesslich verabschiedet. Im Fokus der Verschärfung stehen halbautomatische Waffen mit grosser Magazinkapazität. Sie gelten neu als verboten. Da es sich bei der revidierten Waffenrichtlinie wie schon bei ihrer Vorgängerversion um einen Teil des Schengen-Acquis handelt, stellt sie für die Schweiz eine Schengen-Weiterentwicklung dar, die von ihr entsprechend dem Assoziierungsabkommen übernommen und umgesetzt werden muss. Um der langjährigen Schweizer Schiesstradition wie auch dem Schweizer Armeewesen Rechnung tragen zu können, hat sich der Bundesrat schon im Ausarbeitungsstadium für die Interessen der Schweizer Schützen eingesetzt und so in der Richtlinie eine entsprechende Regelung verankern können. Die EU hat dieser zugestimmt. Der Bundesrat hat in seinem Entwurf zudem den Umsetzungsspielraum voll ausgenützt.

Automatische Kündigungsklausel beim Schengen-Abkommen

Das Schengen-Assoziierungsabkommen zwischen der Schweiz und der EU weist eine Eigenheit auf, die sonst in den bilateralen Verträgen zwischen den beiden Parteien so nicht vorkommt. Sollte die Schweiz die Weiterentwicklung von Schengen-Bestimmungen nicht fristgerecht übernehmen, tritt das Abkommen gemäss Artikel 7 automatisch nach sechs Monaten ausser Kraft. Abwenden kann das nur der gemischte Ausschuss, wenn er innert drei Monaten beschliesst, das Abkommen trotzdem weiterzuführen. Dieser Beschluss müsste im Einvernehmen mit den EU-Staaten und der Kommissionsvertreter im gemischten Ausschuss gefällt werden, es braucht also Einstimmigkeit. Mit anderen Worten: **Wenn sich die Schweiz und die EU nicht innert Frist aktiv einigen, verliert die Schweiz ihre Schengen-Assoziierung allein aus dem Grund, weil die Zeit abläuft. Eine Kündigung seitens der EU braucht es nicht. Da das Schengen- direkt mit dem Dublin-Abkommen verknüpft ist, würde dieses ebenfalls ausser Kraft treten. Mit einem Wegfall des Schengen-Abkommens würden auch die liberalen Visa-Bestimmungen hinfällig. Darunter würde der Tourismus massiv leiden. Die Tourismusbranche ist deshalb eine aktiv betroffene Partei in dieser Abstimmungsfrage.**

2. Abstimmungskonstellation

Ein Ja erhält den Status Quo – und somit die vielen Vorteile von Schengen/Dublin. Diese Ausgangslage birgt das Risiko, dass die Ja-Kampagne tendenziell auf der rationalen Ebene erklären und argumentieren muss, während die Referendumsführer ihre Argumente (u.a. Bewirtschaftung des Feindbilds EU, Souveränitätsverlust) populistisch und emotional ausschlagen können. Dem Ja-Lager muss es gelingen, rechtzeitig entsprechende Aufklärungsarbeit zu leisten (u.a. Konnex zu Schengen/Dublin sowie die Vorteile und den Nutzen der beiden Abkommen für die Wirtschaft und den einzelnen Stimmberechtigten,

Notwendigkeit der internationalen Vernetzung der Schweiz, Bewahrung der Schweizer Schiessstradition durch weitreichende Sonderregelung) und in der entscheidenden Phase alle relevanten Zielgruppen zu mobilisieren. Das heisst, es müssen über verschiedene Absender und Kanäle unterschiedliche Botschaften platziert werden. Dies ist ein wichtiger Grund für eine zwar gut koordinierte, aber sehr heterogene Kampagne mit verschiedenen Akteuren, die in ihren Umfeldern mit unterschiedlichen Argumenten für ein Ja werben. **Eine tragende Rolle kommt daher auch den Tourismusakteuren zu.**

Die Gegnerschaft setzt sich aus sehr potenten Akteuren zusammen und hat sich in einer «nationalen Allianz» zusammengeschlossen. Zugehörig sind die Interessengemeinschaft Schiessen Schweiz (IGS) – ein Zusammenschluss von 14 Verbänden und Organisationen, die sich für den Schiesssport und den Waffenbesitz einsetzen, der Schweizer Schiesssportverband (SSV), Vertretern der SVP, der Lega sowie von der Gesellschaft für ein freiheitliches Waffenrecht Pro Tell. Auch der Dachverband Jagd Schweiz zählt zum Referendumskomitee. Er vertritt die Interessen von rund 30'000 Schweizer Jägern. Ebenfalls gegen die bundesrätliche Waffenrechtsvorlage hat sich Swiss Olympic ausgesprochen. Ob der Verband das Referendum unterstützt, ist zurzeit allerdings nicht klar.

Die Hauptargumente der Gegner fassen auf dem Kampf für Schweizer Traditionen und Freiheiten, dem Erhalt des liberalen Waffenrechts sowie dem Kampf gegen die Einmischung der EU.

3. Argumente der Unterstützer von Schengen (Ja-Kampagne)

Nebst den touristischen Argumenten, stehen für die Pro-Kampagne die folgenden Punkte im Zentrum: Sicherheitsargumente (Fahndungsdatenbank, internationale Kooperation gegen Terrorismus und Kriminalität) sowie aussenwirtschaftliche Bedeutung der Vernetzung mit Europa. Für weitergehende Erläuterungen wird auf das Factsheet von *economiesuisse* verwiesen.

Argumente aus touristischer Sicht

Klares Hauptargument aus touristischer Sicht ist der Erhalt der liberalen

Visabestimmungen. Als weiteres Argument mit touristischem Bezug gilt die Reisefreiheit in Form des liberalen Grenzregimes an der Schweizer Landesgrenze.

- Erhalt liberaler Visum-Auflagen: Der Tourismus profitiert vom einheitlichen Schengen-Visum, da Reisende aus Drittstaaten (Fernmärkte) für die Schweiz kein separates Verfahren mehr durchlaufen müssen. Insbesondere indische, chinesische und arabische Touristen verbringen deshalb Zeit in der Schweiz, übernachten in hiesigen Hotels, essen in Schweizer Restaurants und kaufen Uhren. Insgesamt sind es zwischen 310 und 420 Franken pro Besucher und Tag. Das ergibt eine jährliche Bruttowertschöpfung von 1,1 Milliarden Franken. Die Bedeutung dieser Summe für den Tourismus und damit die Schweizer Volkswirtschaft lässt sich folgendermassen verdeutlichen: Die drei erwähnten Touristengruppen steuern knapp sechs Prozent zur gesamten Wertschöpfung der Tourismusindustrie bei. Diese beschäftigt über 175'000 Menschen in allen Regionen der Schweiz.

Wenn diese Touristen künftig extra für die Schweiz ein zusätzliches Visum lösen müssten, würden viele die Schweiz aufgrund des finanziellen und administrativen Zusatzaufwands auf ihrem Europatrip auslassen. Bei einem Wegfall von Schengen drohen gemäss *ecoplan*-Studie bis 2030 Nachfragerückgänge im Tourismus von über einer halben Milliarde Franken. Im Übrigen hat das starke Wachstum der Gäste aus Fernmärkten (+150% 2017 ggü. 2008) den massiven Einbruch an europäischen Gästen

in den letzten 10 Jahren (-46% 2017 ggü. 2008) zumindest teilweise kompensieren können, nämlich immerhin zu 32 Prozent.

Gemäss einer Untersuchung von Fokusgruppen und einer gfs-Umfrage wirken die touristischen Argumente noch nicht. Viele Schlagzeilen über die Flutung von Touristen-Hotspots und entsprechende Probleme mögen die Euphorie für den Massentourismus vielerorts arg gedämpft haben. Deshalb sollte dieses Argument nach Meinung der Kampagnenverantwortlichen bei economiesuisse nur zielgruppenspezifisch ausgespielt werden, insbesondere in den vom Tourismus stark abhängigen Bergregionen.

- Reisefreiheiten: Dank des Schengen-Abkommens können wir uns in Europa freier bewegen, was jedem Einzelnen von uns zugutekommt. Es gibt keine langen Staus mehr an den Grenzen aufgrund von mühsamen Passkontrollen. Heute gibt es an den Schweizer Grenzen – mit Ausnahme der Interkontinentalflughäfen – keine systematischen Grenzkontrollen mehr, da alle Nachbarstaaten der Schweiz ebenfalls Teil des Schengen-Raums sind. Ob für einen Tagesausflug oder eine längere Reise – in Europa können wir uns heute frei bewegen. Ohne das Schengen-Abkommen müssten an den Schweizer Grenzen wieder Kontrollen eingeführt werden. Das führt zu Staus am Zoll und laut Experten zu jährlichen Wartekosten von bis zu 1,5 Milliarden Franken. Zudem müssten auch alle unsere Landesflughäfen, die sich betrieblich auf Schengen ausgerichtet haben, für viel Geld wieder umgebaut werden. Neben der persönlichen Reisefreiheit würde auch unser Forschungs- und Wissenschaftsstandort leiden, denn ohne Schengen-Visum könnte ein brasilianischer Forscher der ETH Zürich nicht einfach so kurzfristig an einer Konferenz in Berlin teilnehmen.